NDR Info Das Forum **26.02.2005/19.20-19.50 Uhr**

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN **27.02.2005/12.30-13.00 Uhr (Wh.)**

Andreas Flocken

Inhalt:

- Große Inszenierung ohne echte Substanz? Bush's Stippvisite in Deutschland
- Wie reformfähig ist die NATO? Nach dem Allianz-Gipfel in Brüssel
- Informations-Operationen – Lügen für eine gerechte Sache?
- Ausgebootete CIA? Rumsfelds neue Geheimdiensttruppe

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Heute mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Gute Beziehungen zu Europa gibt es nur über Deutschland. Schmeichelnde Worte von Präsident Bush für die Bundesregierung. Ein neuer George W. Bush? Die US-Regierung hat mittlerweile realisiert, dass auch eine Supermacht Verbündete braucht – nicht nur im Irak.

Auch der Bundeskanzler betonte beim Deutschland-Besuch des US-Präsidenten die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Ländern. Interessenunterschiede und andere Differenzen, die letztlich zu dem schweren Zerwürfnis in der Irak-Krise geführt haben, wurden ganz einfach ausgeblendet. So als ob alles nur ein großes Missverständnis gewesen sei. Doch der pompöse Besuch mit seinen inszenierten Bildern kann nicht darüber hinwegtäuschen: Die Substanz des Arbeitsbesuches ist eher dürftig. Sicher: Das Klima zwischen Deutschland und den USA ist besser geworden. Man redet wieder miteinander – auch ungezwungener als noch vor einiger Zeit. Bush nennt den Kanzler „Gerhoard". Und der Präsident hat sich ganz offensichtlich damit abgefunden, dass Deutschland keine eigenen Truppen in den Irak schicken wird. Doch kann

man deswegen schon von einem ganz neuen Kapitel in den deutsch-amerikanischen Beziehungen sprechen?

Die Bush-Administration unterstützt weiterhin nicht das Anliegen der Bundesregierung, ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat zu werden. Zugleich sind die nächsten Konflikte mit Washington schon programmiert. Denn die Politikentwürfe sind nach wie vor grundverschieden. Da hilft es wenig, dass Präsident Bush gebetsmühlenartig die gemeinsamen Werte und Ideale beschwört. Spätestens seit den Anschlägen vom 11. September steht der Kampf gegen den internationalen Terrorismus ganz oben auf der Tagesordnung der Bush-Administration. Und während einer Diskussion in Mainz mit jungen Leuten hat George W. Bush bekräftigt, als Präsident sei es seine Aufgabe, Amerika vor solchen Anschlägen zu schützen. Deswegen hat er den „Ideologien des Hasses“ – wie Bush sagt – den Kampf angesagt. Offensiv will er dabei vorgehen, westliche Freiheitsideale weltweit verbreiten. So soll der Kampf gegen islamische Fanatiker und Terroristen gewonnen werden. In dieser Zielsetzung können sicher viele dem US-Präsidenten zustimmen. Meinungsverschiedenheiten gibt es dagegen über den Weg dahin.

Irritierend ist selbst für Kirchenmänner der missionarische Eifer, mit dem der US-Präsident zu Werke geht. So stellte der katholische Bischof von Trier, Reinhard Marx, in der FRANKFURTEN ALLGEMEINEN ZEITUNG fest: „Es ist ein Fehler, mit den Menschenrechten Politik zu machen nach dem gefährlichen Motto: Erst ‚Recht schaffen’, bevor die Menschenrechte gelten können! Zweck und Mittel sind hier vertauscht.“ Der Bischof bezog sich dabei u.a. auf das Internierungslager Guantanamo. Marx kritisierte, in der amerikanischen Politik gebe es zuviel Gläubigkeit und zuwenig Glaubwürdigkeit. Deutliche Worte. – Bei seinem Deutschland-Besuch bekam Präsident Bush so etwas nicht zu hören. Aus Gründen der Höflichkeit?

Jedenfalls sind die Differenzen zwischen Washington und Berlin nach der Bush-Visite nicht kleiner geworden. Ein erster Test für die deutsch-amerikanischen Beziehungen ist zweifellos der Iran. Insbesondere wenn die Verhandlungen mit Teheran scheitern. Denn die Bush-Administration wird eine

iranische Atombombe nicht akzeptieren - Völkerrecht hin, Völkerrecht her. Die Folge: Deutschland geriete ähnlich wie im Irak-Konflikt erneut in eine Zwangslage. Militärschläge gegen Teheran ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates - schwer vorstellbar, dass die Bundesregierung eine solche Aktion mittragen würde.

Die Themen in Streitkräfte und Strategien:

- Wie reformfähig ist die NATO? Nach dem Allianz-Gipfel in Brüssel
- Informations-Operationen – Lügen für eine gerechte Sache? Und:
- Ausgebootete CIA? Rumsfelds neue Geheimdiensttruppe

Er war gründlich vorbereitet – der Europa-Besuch von Präsident Bush. Auf den Gipfel-Treffen mit der NATO und der EU waren dann ganz neue Töne zu vernehmen. Nach dem schweren Zerwürfnis während der Irak-Krise gab es nur Gutes über die Europäer zu hören. Erleben die transatlantischen Beziehungen nun eine längst überfällige Wiederbelebung? Oder sind die Lobeshymnen der Bush-Administration nur Lippenbekenntnisse und lediglich taktischer Natur? - Über die NATO und die EU nach dem Europa-Besuch von George W. Bush – Karl-Heinz Harenberg:

Manuskript Dr. Karl-Heinz Harenberg

Die Nordatlantische Allianz hat seit langer Zeit eine ganz besondere Fähigkeit entwickelt: das Werfen von Nebelkerzen. Sie werden immer dann geworfen, wenn ernsthafte Kritik am Bündnis geübt wird, wenn es in sich zerstritten ist über seine politischen und militärischen Ziele und die Wege dahin. Meinungsverschiedenheiten gibt es ja nicht erst seit dem Ende des Kalten Krieges, sondern es gab sie in der nunmehr über fünfzigjährigen Geschichte der Allianz immer wieder. Ob einst über die Bedingungen der Entspannungspolitik oder über Sinn und Nutzen der damals KSZE, inzwischen OSZE genannten Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Ob heute über das Verhalten gegenüber dem Iran oder den Umgang mit der außen- und sicherheitspolitisch langsam flügge werdenden Europäischen Union.

Nach dem dramatischen und lange nachwirkendenden Streit im Bündnis ebenso wie unter den europäischen Alliierten über den Krieg gegen den Irak standen die Vorbereitungen für den Besuch des wiedergewählten amerikanischen Präsidenten George W. Bush in Europa darum ebenfalls im Zeichen besagter Nebelkerzen. Von Versöhnung zwischen den Streitenden war die Rede, von einem Bekenntnis zu den transatlantischen Beziehungen, von einem Schulterschluss in der NATO. Doch dann - eine gute Woche vor der Ankunft des hohen Gastes konnte einer der notorischen Spielverderber wieder einmal nicht an sich halten: Auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik ließ Bundeskanzler Gerhard Schröder pikanterweise durch seinen Verteidigungsminister mitteilen, dass aus seiner Sicht die NATO mitnichten ein blühendes Unternehmen sei. Denn sie, die NATO, so Schröder, „ist nicht mehr der primäre Ort, an dem die transatlantischen Partner ihre strategischen Vorstellungen konsultieren und koordinieren". Und da der Bundeskanzler schon mal dabei war, erweiterte er seine Mängelliste mit der Feststellung: „Dasselbe gilt für den Dialog zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten."

Nun sei einmal dahin gestellt, ob überhaupt und wann die Verbündeten ihre strategischen Vorstellungen ernsthaft koordiniert haben; sofern man unter „koordinieren" etwas anderes als nur die Anpassung europäischer Vorstellungen an amerikanische Vorgaben versteht. Zwar muss man fairer weise einräumen, dass von europäischen Vorstellungen bis auf den heutigen Tag nur bedingt die Rede sein kann. Die Spaltung von NATO-Europa in der Irak-Frage hat das drastisch deutlich gemacht. Dennoch gibt es Fortschritte in den europäischen Bemühungen: es werden bereits gemeinsame Einsätze wie auf dem Balkan unternommen, man hat sich auf gemeinsame Rüstungsziele geeinigt und vor allem, im Dezember 2003 hat die EU eine eigene Europäische Sicherheitsstrategie, kurz ESS, verabschiedet.

Doch was die Europäer gern als Erfolg propagieren, erweist sich im transatlantischen Verhältnis eher als Verwirrspiel, haben die Verbündeten mit dieser ESS nunmehr ein drittes Konzept, an dem sich gemeinsames Handeln angeblich orientiert: neben dem Strategischen Konzept der NATO sowie der nationalen Sicherheitsstrategie der USA. Aber einmal abgesehen davon, dass diese Kon-

zepte nicht aufeinander abgestimmt worden sind – „noch wichtiger ist die Frage," schreibt Klaus Wittmann, Bundeswehr-General mit langjähriger NATO-Erfahrung, in dem soeben erschienenen Sammelband ‚Die Beziehungen zwischen NATO und Europäischer Union', „welche handlungsleitende Bedeutung diese Grundsatzdokumente haben."

Betrachtet man die jüngste Vergangenheit seit den Anschlägen in New York und Washington am 11. September 2001 so besteht kein Zweifel: Handlungsleitend für die USA ist ausschließlich deren „Strategie der Nationalen Sicherheit", die ein Jahr nach den Terroranschlägen veröffentlicht wurde. Sie sieht vor - und ist gegen den Irak auch bereits umgesetzt worden - Länder anzugreifen, die eine bevorstehende oder zukünftige Gefahr für die Vereinigten Staaten darstellen können. Preemption und Prävention heißen die entsprechenden Schlagwörter.

Vor diesem Hintergrund war es dann auch nicht verwunderlich, dass die Vorbereitungen auf den Krieg gegen den Irak in der NATO offiziell keine Rolle gespielt haben. Diskussion und Auseinandersetzungen haben im UN-Sicherheitsrat stattgefunden. Und das, obwohl der damalige NATO-Generalsekretär Lord Robertson nach den Anschlägen in den USA zum ersten Mal in der Geschichte der Allianz den Bündnisfall hat ausrufen lassen. Die NATO als primärer Ort für Konsultation und Koordination? Der Irak-Krieg hat aus diesem Bild eine Karikatur gemacht. Und so wurde zu Beginn des Kriegsjahres 2003 intensiver denn je darüber spekuliert, ob die NATO noch eine Zukunft habe oder endgültig am Ende sei.

Dennoch wurde der Appell Schröders auf der Münchner Sicherheitskonferenz nicht etwa als längst überfälliger Befreiungsschlag gewertet, sondern er löste erst einmal Irritation, Ablehnung ja Empörung aus. War doch der Streit inzwischen weitgehend unter den Teppich gekehrt und sollte beim Besuch von Präsident Bush endgültig entsorgt werden.

Doch die Aufregung legte sich schnell, beschränkte sich mehr oder weniger darauf, ob der Bundeskanzler seine Kritik nicht diplomatischer hätte verpacken

müssen. Durch Absprachen mit Freunden und eine Vorwarnung an Washington. Doch die Einsicht kam wohl zu spät, als dass noch Zeit für derlei Rücksichten gewesen wäre. Vielleicht hatte der Ideengeber für die Kritik ja auch seinerseits nicht rechtzeitig Gelegenheit, den Bundeskanzler damit vertraut zu machen. Wie auch immer: Die Beschwerden Gerhard Schröders, Regierungschef sowohl eines NATO- als auch eines EU-Mitgliedslandes, kamen auf den Tisch und der Präsident aus Amerika konnte sich damit auseinandersetzen. Oder genauer: er hätte sich damit auseinandersetzen können. Aber es geschah das, was in solchen Fällen üblich ist: statt einer Diskussion darüber verschwand das existentielle Problem wieder einmal hinter den Schwaden besagter Nebelkerzen.

US-Präsident George W. Bush gab sich völlig ungezwungen, charmierte sich von einem Termin zum nächsten und ließ keinen Zweifel daran, dass aus seiner Sicht die NATO das bedeutendste Bündnis in der Geschichte der Menschheit und darum natürlich auch für die Zukunft unverzichtbar sei. Dass er mit dieser Formulierung nun wiederum das Urteil seines Verteidigungsministers von der Münchner Konferenz wörtlich zitierte, auf der der deutsche Verteidigungsminister die Kritik des Bundeskanzlers vorgetragen hatte, spiegelt überlegene Ironie. Dennoch waren die in Brüssel versammelten Staats- und Regierungschefs zufrieden - und wenn nicht, so haben sie es zumindest nicht erkennen lassen. Die Folge davon ist, dass offenbar jeder in das Ergebnis des Brüsseler Gipfels hineininterpretiert, was ihm genehm ist. Demgemäß titelten zwei überregionale Zeitungen aus Frankfurt nach dem NATO-Treffen: Schröder sieht sich bestätigt bzw. Schröder lenkt im NATO-Streit ein.

Das Schönreden eines seit langem bekannten Problems jedoch könnte den Niedergang der NATO schon bald beschleunigen. Denn das nächste Streitthema ist bereits angestimmt: die von den USA behauptete atomare Aufrüstung des Iran. Auch das Muster, aus dem dieses Thema seine Sprengkraft bezieht, ist bekannt. So wurde der Irak wegen seiner angeblichen Aufrüstung mit Massenvernichtungswaffen entgegen den Regeln des Völkerrechtes angegriffen. Als keine Massenvernichtungswaffen gefunden wurden, rechtfertigte die Führung in Washington ihren Krieg mit dem Sturz des irakischen Diktators Saddam

Hussein. Und in seiner Grundsatzrede zu Beginn des Besuches in Brüssel ließ Präsident Bush keinen Zweifel daran, dass es ihm, dem praktizierenden Weltverbesserer, auch im Iran nicht nur um mögliche Atomwaffen geht, sondern um eine andere Politik des Regimes. Darum möge niemand, der sich in Brüssel im Glanz des hohen Besuches gesonnt hat, später behaupten, er sei nicht zumindest informiert gewesen.

* * *

Flocken:
Man darf wirklich gespannt sein, welche Auswirkungen dieser Konflikt auf die Allianz haben wird.

Für Militäroperationen immer wichtiger ist die öffentliche Meinung. Das gilt insbesondere für demokratische Gesellschaften. Denn hinter einer Militäraktion muss die eigene Bevölkerung stehen. Andernfalls ist ihr Scheitern absehbar. Umgekehrt will das Militär aber auch mit sogenannten Informationsoperationen den Gegner täuschen und verwirren. Die Grenzen sind fließend. Und in beiden Fällen besteht die Gefahr, dass die Wahrheit auf der Strecke bleibt. Michael Hyngar berichtet:

Manuskript Michael Hyngar:
Psychologische Kriegsführung – so wurde zu Zeiten des Kalten Krieges die Arbeit der militärischen Abteilungen genannt, die für Propaganda, Desinformation und psychologische Täuschung des Gegners zuständig waren. Die Aufgaben haben sich nicht geändert, nur die Mittel und der Name: Der englische Begriff „information operation" wird heutzutage verwendet –„Informations-Operationen", wenn Militärs und Politik versuchen, die öffentliche Meinung für ihre Sache zu gewinnen. Sie zum Beispiel versuchen, die Bevölkerung von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen oder den militärischen Gegner mit psychologischen Mitteln zu täuschen. Und immer öfter sind die Medien die Kriegswaffen von heute: Massenmedien wie Fernsehen und Radio, nicht zuletzt das Internet. Ohne gleichzeitige Überzeugungsarbeit im Heimatland schickt keine demokratisch gewählte Regierung ihre Soldaten mehr in den

Kampf – so Hans-Joachim Reeb, Dozent für Politische Kommunikation an der Führungsakademie der Bundeswehr:

O-Ton:
„Die Öffentlichkeit spielt für Politik und Militär im Zusammenhang mit militärischen Operationen eine zentrale Rolle. Denn ohne die öffentliche Meinung ist es heute insbesondere in westlichen Gesellschaften nicht mehr vorstellbar, dass Regierungen bereit sind, Krieg zu führen. Sie müssen also alles daran setzen, die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen."

Vorreiter in dieser Disziplin sind die USA. Dort wurde die sicherheitspolitische Informationspolitik bislang am weitesten professionalisiert. Und im Pentagon wird derzeit überlegt, wie man die Informationspolitik noch weiter professionalisieren könnte. Doch die Militärs stecken in einem Dilemma: Denn sie sind eigentlich verpflichtet, die eigene Bevölkerung und auch die amerikanischen Medien nicht zu täuschen. Nur gegenüber dem Ausland darf gelogen werden. Doch angesichts globaler Informationsnetze könnten Fehlinformationen, die im Ausland verbreitet werden, schnell auch die eigene Bevölkerung oder die alliierter Länder desinformieren und in die Irre führen.

Bereits Anfang 2002 war der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld mit dem Versuch gescheitert, im Pentagon eine Organisation zu schaffen, die für Meinungsmanipulation außerhalb der USA zuständig gewesen wäre: Das „Office of Strategic Influence" – Abteilung für strategische Beeinflussung. Sie sollte insbesondere ausländische Journalisten mit Informationen – und explizit auch mit falschen Informationen – versorgen, um so die öffentliche Meinung im Ausland zu beeinflussen – gute Stimmung machen also für die Ziele der USA. Doch das „Office" musste nach öffentlicher Kritik und dem Einspruch zahlreicher Abgeordneter wieder schließen – auch wenn es seit dem immer wieder Meldungen über angeblich bewusste Fehlinformationen aus dem Pentagon gegeben hat. Beispiel Jessica Lynch. Die damals 19-jährige Soldatin war im März 2003 im Irak verletzt und gefangen genommen worden. Nach Darstellung des Pentagons soll sie sich zunächst heldenhaft gewehrt und verwundet am Boden liegend noch auf Gegner geschossen haben. Eine Spezialeinheit befreite Lynch aus einem Krankenhaus. Das Video dieser Aktion ging um die Welt – Lynch wurde zur Heldin. Doch nach ihrer Rückkehr in die USA erzählte sie ihre Version: Sie sei gar keine Heldin. Sie habe nur überlebt. Ge-

schossen habe sie auch nicht, ihr Gewehr habe gestreikt. Und im irakischen Krankenhaus habe man sie auch gut behandelt.

Ähnlich der Fall des Football-Stars Pat Tillman, der in Afghanistan getötet wurde. Das Pentagon feierte ihn als Helden, der für Amerika im Krieg gegen den Terrorismus sein Leben geopfert habe. Bis die Medien herausfanden, dass er versehentlich durch „friendly fire" getötet wurde, durch die Schüsse eines Kameraden, der ihn für einen Taliban-Kämpfer gehalten hatte.

Doch wie wichtig der US-Regierung die öffentliche Meinung ist – im Inland wie im Ausland – zeigt auch die Gründung des „Office of Global Communication", der Abteilung für globale Kommunikation. Eine zentrale Koordinierungsstelle, die per Präsidentendekret im Januar 2003 gegründet wurde und direkt im Weißen Haus angesiedelt ist. Aufgabe: wahrheitsgemäße, genaue und effektive Mitteilungen herausgeben, um amerikanische Interessen im Ausland zu fördern. Dabei verwischen häufig die Grenzen zwischen klassischer Öffentlichkeitsarbeit und PR-Arbeit. Beispiel Irak: General George Casey, dort Oberkommandierender der US-Streitkräfte, genehmigte kurzerhand die Zusammenlegung seiner Presseabteilung mit dem Büro für strategische Kommunikation, das für Informations-Operationen zuständig ist. Diese Vermischung geht auch einigen Amerikanern zu weit, zum Beispiel Generalstabschef Richard Myers. Er warnte davor, dass die Glaubwürdigkeit des Kommandeurs gegenüber Medien und der Öffentlichkeit gefährdet werden könnte. Zu Recht, glaubt auch Hans-Joachim Reeb von der Führungsakademie:

<u>O-Ton:</u>
„Grundsätzlich sollten sich Regierungen und das Militär bemühen, in der Öffentlichkeit glaubhaft und wahrhaftig zu wirken. Auf dieser Grundlage wird es dann eine Bevölkerung auch akzeptieren, dass nicht sofort jedes militärische Geheimnis öffentlich gemacht wird. Wenn diese Vertrauensbasis nicht vorhanden ist, dann bleiben Zweifel und Skepsis und die Regierung und das Militär wird versuchen, die Bevölkerung dann auch zu manipulieren."

Wohl nach dem Motto: Wer erst einmal seine Glaubwürdigkeit verspielt hat, der kann ruhig ganz offensichtlich lügen. Doch zumindest in der Vergangenheit sind viele Unwahrheiten von unabhängigen Medien aufgedeckt worden.

Wie wichtig dieser Auftrag ist, wird auch am Beispiel der „embedded correspondents" deutlich: Die US-Regierung war nach dem Golf-Krieg 1991 für ihre restriktive Informationspolitik massiv kritisiert worden. Während des Irak-Krieges in 2003 durften erstmals mehr als 700 amerikanische und internationale Journalisten die Soldaten begleiten und als „embedded correspondents" auch live von den Kriegsschauplätzen berichten. SPIEGEL-Reporter Claus-Christian Malzahn erlebte mit der 130. Pionierbrigade von Kuwait-Stadt aus den Sturm auf Bagdad. Eine Beeinflussung seiner journalistischen Arbeit hat es nach seiner Einschätzung dabei jedoch nicht gegeben:

O-Ton:
„Wenn es denn irgendwelche Strategien im Pentagon gegeben hat, dann hat man die zumindest in die US-Army nicht richtig durchgestellt. Ich habe während der gesamten 6 Wochen, wo ich dabei war, keinen einzigen Presseoffizier getroffen, der mir irgendwie erzählt hat, was ich tun oder lassen soll. Nach einer Woche ist denen eingefallen, dass es diese „Groundrules" gibt, die müsste ich auch noch unterschreiben. Die haben keinen einzigen Text von mir gegen gelesen und sie haben auch nicht nachgelesen, soweit ich das beurteilen kann, was ich so geschrieben habe."

Immer dann, wenn Medien und Militärs zusammenkommen, gebe es eben auf beiden Seiten Interessen, die nicht immer miteinander vereinbar sind – den Wunsch der Medien, möglichst umfassend und detailliert berichten zu wollen und den Wunsch der Offiziere, keine militärischen Geheimnisse preiszugeben und möglichst noch die Zustimmung zum Einsatz im Heimatland zu erhalten. Das sei nicht nur im Kriegsfall so, und auch nicht nur ein Merkmal der US-Militärs, so Malzahn:

O-Ton:
„Sie sind auch in Gegenden ‚embedded', wo das nicht so genannt wird. Was glauben sie, was mit ihnen passiert, wenn sie die Bundeswehr in Kabul besuchen. Da ist natürlich genau dasselbe los. Und da haben sie ganz andere Bedingungen. Da läuft ein Presseoffizier immer an ihrer Seite, wenn sie über den Platz laufen und die Zitate, die sie mitnehmen wollen von Soldaten, die müssen sie dem vorlegen."

Auch wenn es bei der Bundeswehr noch eine strikte Trennung zwischen militärisch-psychologischen Informations-Operationen und der Arbeit des Pressestabs gibt – auch hier hat man die Bedeutung der Medien und der Öffentlichkeit für militärische Einsätze längst erkannt. Hans-Joachim Reeb:

O-Ton:
„Wir befinden uns ja bei einem militärischen Konflikt ja auch immer in einem Informations- oder Medienkrieg. Das heißt, auch der Gegner versucht, auf die eigene oder auf fremde Bevölkerungen einzuwirken. Und das muss selbstverständlich dann, wenn es sich um Desinformationskampagnen handelt, auch abgewehrt werden."

Welche Mittel und Maßnahmen dafür legitim sind, darüber gibt es allerdings unterschiedliche Auffassungen. Im Pentagon jedenfalls scheint man eher die Strategie der gezielten Beeinflussung zu bevorzugen, im Zweifelsfall auch mit Falschinformationen. Informationsoperationen – so steht es angeblich in einem Geheimpapier – sollen als zentrale militärische Kompetenz etabliert werden. Auch wenn die Amerikaner erkannt haben, dass ihre bisherigen Maßnahmen nicht unbedingt zum Erfolg führen: Zahlreiche bewusste Fehlinformationen und Manipulationen der Öffentlichkeit wurden aufgedeckt– und auch in muslimischen und arabischen Ländern ist es bislang nicht wirklich gelungen, mit den bisherigen Mitteln eine positive Stimmung für die USA zu erzeugen.

* * *

Flocken:
Wenig erreicht haben nach Ansicht der 9/11-Kommission auch die US-Geheimdienste. Deswegen sollen sie umstrukturiert werden. Die Weichen werden zur Zeit gestellt. Für das Verteidigungsministerium eine gute Gelegenheit, die eigenen Geheimdienst-Ambitionen zu stärken. Gerhard Piper weiß mehr:

Manuskript Gerhard Piper
Bekanntlich mahlen die Mühlen der Bürokratie oft langsam. Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 dauerte es fast drei Jahre, bis der zuständige Untersuchungsausschuss des Kongresses seinen Abschlussbericht vorlegte. Wieso hatten die US-Geheimdienste nicht rechtzeitig oder deutlich genug gewarnt und die Anschläge verhindert? So lautete die zentrale Frage der parlamentarischen Nachforschungen. Die Empfehlungen der Abgeordneten werden nun, ein halbes Jahr später, in die Tat umgesetzt.

Wieder einmal soll jetzt die US-Geheimdienstgemeinde umgekrempelt werden. Aber Reformen in diesem Milieu sind schwierig. Schließlich ist die amerikanische Intelligence Community ein Konglomerat aus zwei Dutzend Geheimdiensten, 200.000 Agenten und einem Jahresetat von rund 40 Milliarden Dollar. Eifersüchtig verteidigen die einzelnen Dienste ihre Kompetenzen und Budgets.

Mit einem Geheimdienst-Reformgesetz, dem Intelligence Reform Act vom Dezember 2004, werden die Befugnisse der Dienste erweitert. Der Überwachungsstaat wird ausgebaut. Ein neuer Posten wurde eingerichtet. Mit dem Nationalen Geheimdienstdirektor erhält die ganze Geheimdienstgemeinde ein neues Oberhaupt, das zukünftig den Präsidenten mit den gebündelten und harmonisierten Erkenntnissen aller Nachrichtendienste versorgen soll. Das Vortragsrecht beim Präsidenten ist exklusiv und der neue Posten deshalb ein potentielles Machtzentrum.

Erster Geheimdienstzar soll der bisherige US-Botschafter im Irak, John Negroponte, werden. Negroponte hat den Ruf, nicht gerade zimperlich zu sein. Menschenrechtsorganisationen werfen ihm vor, während der Reagan-Zeit Folterungen und Todesschwadronen im honduranischen Bürgerkrieg zumindest gebilligt zu haben.

Negroponte löst den Chef der CIA, Porter Goss, als Titularchef der Geheimdienstgemeinde ab. Bisher war es immer der CIA-Direktor, der als oberste Instanz aller Geheimdienstler Washingtons dem Präsidenten als zentraler Informationsbeschaffer und –auswerter dienen durfte. Diese Regelung galt in der Vergangenheit als Ausgleich dafür, dass der Verteidigungsminister die meisten Geheimdienste und die größten Budgetanteile kontrollierte. Mit der Schaffung des neuen Postens eines Directors of National Intelligence verliert der CIA-Chef seine herausgehobene Rolle. Er ist nicht mehr das Gegengewicht zum Pentagon. Zugleich aber bekommen die dem Verteidigungsminister unterstellten Dienste und die CIA einen neuen Vorgesetzten. Negropontes Aufgabe soll es sein, die Arbeit der Dienste zu koordinieren, ihre Erkenntnisse zu harmonisieren und sie für den Präsidenten aufzubereiten. Dem Ansatz nach hat er also ein sehr mächtiges Amt. Kritiker bezweifeln jedoch, dass Negroponte die ge-

meinsame Auswertungsarbeit der verschiedenen Dienste verbessern kann. „Ich fürchte, der neue Zar ist ein Eunuch“, meint der frühere CIA-Chef Robert Gates.

Doch auch an anderer Stelle wird bereits vorgebaut, damit Geheimdienstdirektor Negroponte nicht zu mächtig wird. Die DIA, die „Defense Intelligence Agency“ - der Geheimdienst des Pentagons - , steuert gegen. Man überlegt, an die Spitze der eigenen Dienste einen Vier-Sterne-General zu stellen. Außerdem soll die DIA ausgebaut werden. Schon seit Mitte der achtziger Jahre darf dieser Geheimdienst selbst Agenten einsetzen. Dieser Bereich der so genannten „Human Intelligence“ wird seit April 2002 in aller Heimlichkeit verstärkt. Unter der Tarnbezeichnung „Project Icon“ erhielt die Operationsabteilung der DIA eine so genannte Strategic Support Branch, kurz SSB. Aufgabe dieser Abteilung ist, eigene Militäragenten im Anti-Terror-Krieg weltweit einzusetzen. Die DIA und ihr SSB sollen eng mit den Spezialeinheiten der Special Forces wie der Delta Force oder Gray Fox zusammenarbeiten. Dadurch soll die DIA des Pentagons zu einem vollwertigen Geheimdienst werden, der nicht nur die für militärische Operationen notwendigen Informationen beschafft, sondern auch eigene geheimdienstliche Operationen durchführt.

Kommandeur der neuen Spionageeinheit ist Oberst George Waldrop, ein Mann der über keine Geheimdiensterfahrungen verfügt. Operationsgebiet der Strategic Support Branch sind gegenwärtig die beiden US-Kriegsschauplätze Afghanistan und Irak. Sie agiert dort unter der Tarnbezeichnung „Task Force 626“. Als potentielle Einsatzgebiete gelten Georgien, Somalia, Jemen, Indonesien und die Philippinen. Seymour Hersh, ein Altmeister des amerikanischen investigativen Journalismus, will erfahren haben, dass Operationen in insgesamt 10 Ländern genehmigt worden sind. Darunter befinden sich nicht nur Gegner der USA, sondern auch mit Washington befreundete Staaten. Zu den SSB-Aufgaben gehören das Ausspähen potentieller Ziele, das Verhören von Kriegsgefangenen und die Anwerbung ausländischer Spione. Unklar ist, in welchem Umfang diese Geheimdienst-Abteilung auch Tarnfirmen aufbauen darf oder Operationen unterstützen kann, bei der Spezialkräfte sich als Zivilisten getarnt

haben. Möglicherweise hat die neue Agententruppe ihre ersten Spuren bereits im Abu Ghraib-Gefängnis hinterlassen.

Verteidigungsminister Donald Rumsfeld soll der Ausbau der DIA und der Special Forces einen deutlichen Machtzuwachs verschaffen. Zwar kontrolliert er mit der DIA, dem Abhördienst NSA und den Aufklärungsapparaten der Teilstreitkräfte schon heute achtzig Prozent der gesamten Geheimdienstgemeinde. Nun aber soll er erstmals über einen einsatzfähigen, operativen Geheimdienst verfügen.

Bisher galt, dass die US Regierung bei geheimen Operationen mehrere Optionen hatte. Sie konnte wählen zwischen den Agenten und den paramilitärischen Einheiten der CIA einerseits und den Soldaten der Streitkräfte andererseits. Während des Afghanistan-Feldzuges führte dies zu einem offenen Konflikt zwischen Pentagon und CIA. Beide beanspruchten diese Aufgaben für sich. Damals konnte die CIA darauf verweisen, sie verfüge zusätzlich über zivile Agenten und habe damit größere Möglichkeiten. In Zukunft kann auch das Pentagon beide Optionen anbieten. Damit erhalten die Generäle direkte Einflussmöglichkeiten auf das gesamte Spektrum geheimdienstlicher Operationen in der amerikanischen Außenpolitik.

Die Folge ist aber auch, dass eine Fülle neuer rechtlicher Grauzonen entsteht. Ist ein Militär in „Räuberzivil“ und mit geheimdienstlichem Auftrag Kombattant oder nicht? Was ist noch Aufklärungstätigkeit auf einem potentiellen künftigen Gefechtsfeld und wo beginnt eine geheimdienstliche Operation? Auch die parlamentarische Kontrolle über geheime Operationen kann aufgeweicht werden. Zwar fordern die US-Gesetze, dass der Kongress über alle Geheimdienstaktivitäten vollständig und fortlaufend unterrichtet wird. Eine Ausnahme bilden aber „gewöhnliche Militäraktivitäten“ und ihre „routinemäßige Unterstützung“. Stephen Cambone, Abteilungsleiter im Pentagon für Geheimdienste und Intimus des Verteidigungsministers, hat öffentlich erklärt, dass diese gesetzlichen Bestimmungen äußerst großzügig ausgelegt werden. Eine Information des Kongresses über geheime Operationen des Militärs soll frühestens nach Abschluss der Aktionen erfolgen. Der weltweite Krieg gegen den Terror wird als General-

bevollmächtigung verstanden. Ob aber die republikanische Mehrheit im Kongress auf Dauer ihrer eigenen Entmündigung tatenlos zusieht, darf bezweifelt werden. Von der Existenz der Geheimdiensttruppe SSB erfuhren die Parlamentarier erst im Januar aus der Zeitung.

* * *

Flocken:

In der Zeitung konnten die US-Abgeordneten jetzt auch lesen, dass das Pentagon künftig Special Forces bei geheimen Anti-Terroroperationen im Ausland einsetzen will, und zwar *ohne* Abstimmung mit der jeweiligen US-Botschaft in dem betreffenden Land. Das Außenministerium wehre sich allerdings gegen diese Pläne, schreibt die WASHINGTON POST. - Noch. Der Vorstoß des Pentagons zeigt, dass Verteidigungsminister Rumsfeld derzeit Oberwasser hat.

Soviel für heute.

Eine neue Ausgabe von Streitkräfte und Strategien hören Sie - wenn Sie mögen – in 14 Tagen. Das Manuskript dieser Sendung steht übrigens im Internet unter www.ndrinfo.de. Sie können aber auch in unsere Mailing-Liste aufgenommen werden. Wir schicken Ihnen dann jeweils das aktuelle Manuskript kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.